

stelle für Musikgeschichte in die Fachgruppe Musikgeschichte des Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrates umbenannt worden. Die Leitung dieser Fachgruppe führte Feldmann bis zum Frühjahr 1979. Seine Krankheit zwang ihn, sich etwas zurückzuziehen; er verfolgte aber die weiteren Vorhaben der Arbeitsgruppe Musikgeschichte mit Interesse und begleitete sie mit seinem Rat. Neben Musik des Ostens edierte Feldmann 1960 den 1. Bd. der Gesamtausgabe von Johannes Tinctoris (*Corpus mensurabilis musicae* 18).

Von Feldmann gingen zahlreiche Anstöße aus, das Wissen um die Musikgeschichte Schlesiens und des ehemaligen deutschen Ostens wachzuhalten und vorhandene Lücken zu schließen. Seine Bücher und vielfältigen Aufsätze zur Musikgeschichte Schlesiens und darüber hinaus zur Musikgeschichte des deutschen Ostens bieten ein sicheres Fundament und einen Rahmen für weitere Forschungen. Seinem schlesischen Musikerlexikon einen glücklichen Fortgang zu gewährleisten, wird nun der vornehmliche Auftrag an seine wissenschaftlichen Erben sein. Die jetzigen Bemühungen und Vorhaben können auf seinen Vorarbeiten, Studien, Veröffentlichungen und auf seinem Wissen weiter aufbauen.

von der Johann-Gottfried-Herder-Forschungsstelle für Musikgeschichte, Kassel, Basel, London, New York: Bärenreiter 1962, in: *ZfO* 13 (1964), S. 563 f. — Karl Reinert: *Das Heltauer Missale. Eine Brücke zum Lande der Herkunft der Siebenbürger Sachsen* (Siebenbürgisches Archiv, Archiv des Vereins für Siebenbürgische Landeskunde, 3. Folge, 3. Bd.), Köln, Graz: Böhlau 1963, in: *ZfO* 15 (1966), S. 175. — Walter Salmen: *Johann Friedrich Reichardt. Komponist, Schriftsteller, Kapellmeister und Verwaltungsbeamter der Goethezeit*, Freiburg i. Br., Zürich: Atlantis 1963, in: *ZfO* 15 (1966), S. 756 f.

## Die Oberpräsidenten der Provinz Westpreußen 1878—1919

von

Helmut Neubach

Von 1824 bis 1878, also 54 Jahre, wurde Westpreußen von dem weit entfernten Königsberg verwaltet. Der Gedanke zur Teilung der übergroßen Provinz ging von Danzig aus, von jener großen Hafenstadt, „die sich endlich mit dem Titel einer Provinzhauptstadt schmücken wollte“.<sup>1</sup>

1) P. Letkemann: *Westpreußen — Selbstverständnis und Selbständigkeit einer Provinz*. In: *Westpreußen-Jb.* 29 (1979), S. 13—23, Zitat S. 14. Allgemein zur Geschichte Westpreußens siehe P. Gehrke, R. Hecker, H. Preuß, W. Schwandt: *Die Provinz Westpreußen in Wort und Bild*, 2 Tle., <sup>2</sup>Danzig 1914, 1915; B. Schumacher: *Geschichte von Ost- und Westpreußen*, <sup>7</sup>Würzburg 1977; *Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815—1945*, Reihe A: Preußen, hrsg. von W. Hubatsch, Bd. 1: *Ost- und Westpreußen*, bearb. von D. Stüttgen, Marburg 1975. Über die Oberpräsidenten s. dort S. 166—167 mit weiteren Schrifttumsangaben.

Oberbürgermeister Leopold von Winter<sup>2</sup> erreichte die Abtrennung gegen den energischen Widerstand des Oberpräsidenten Karl von Horn, der seit 1869 der Provinz Preußen und von 1878 bis 1882 der Provinz Ostpreußen vorstand.<sup>3</sup>

Diesem schon in Posen bewährten Verwaltungsfachmann trug die preußische Regierung das erste Oberpräsidium in Danzig an, doch er lehnte ab.<sup>4</sup> Die Berufung des ehemaligen preußischen Handelsministers Heinrich von Achenbach<sup>5</sup> bedeutete eine Interimslösung. Der eine liberale Handelspolitik befürwortende Minister war im März 1878 zurückgetreten, da sich Bismarck für die Schutzzollpolitik entschieden hatte. Also mußte für ihn schnell ein Ersatzposten gefunden werden. Der gebürtige Saarländer, der mit den Problemen der Ostprovinzen fast gar nicht vertraut war, konnte während seiner kurzen Amtszeit (1878—1879) nicht einmal die neue Verwaltung in Danzig aufbauen, da er bereits nach einem Jahr zum Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg berufen wurde.<sup>6</sup>

2) A. Lenz: Danzigs Oberbürgermeister seit 1863, in: Ostdeutsche Monatshefte 22 (1956), S. 29—32. Über Winter s. S. 29. Winter vertrat 1871—1878 als nationalliberaler Reichstagsabgeordneter den westpreußischen Wahlkreis Stuhm-Marienwerder. Siehe H. Neubach: Die Vertreter Westpreußens im Deutschen Reichstag 1867/71—1918. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Parlamentarismus und des deutsch-polnischen Verhältnisses, S. 118—121. Das Manuskript wurde 1971 bei einem Preisausschreiben der Copernicus-Vereinigung eingereicht, erhielt den 3. Preis und befindet sich im Besitz dieser Vereinigung, 44 Münster, Von-Kluck-Straße 15.

3) A. E. von Ernhäuser: Erinnerungen eines preußischen Beamten, Bielefeld, Leipzig 1894, S. 402; Letkemann, S. 16. Zu Karl von Horn s. Eiser mann in: Altpreußische Biographie 1, Königsberg 1941, S. 290.

4) W. Hubatsch: Die Oberpräsidenten von Ost- und Westpreußen, in: Altpreußische Geschlechterkunde N. F. 8 (1975), S. 219—234, s. S. 230.

5) H. Gollwitzer in: Neue Deutsche Biographie (weiterhin zit.: NDB) 1 (1953), S. 32. — Achenbach beteiligte sich 1866 an der Gründung der Freikonservativen Partei (Deutschen Reichspartei) und war neben dem schlesischen Grafen Bethusy-Huc „der gewandteste Redner und Parlamentarier dieser entschiedenen Bismarck-freundlichen Gruppe“ (ebenda). Seit 1885 unterrichtete er den späteren Kaiser Wilhelm II. in Verwaltungswissenschaften. — In die Geschichte des deutsch-polnischen Verhältnisses ist Achenbach deswegen eingegangen, weil nach ihm — dem ersten Abgeordneten im Alphabet — ein Antrag zur Förderung des Deutschtums in den Provinzen Posen und Westpreußen benannt worden ist. (Wortlaut in den Anlagen zu den Stenographischen Berichten des preußischen Abgeordnetenhauses 1886, Bd. 2, S. 914; ferner im Deutschen Geschichtskalender 1886, Bd. 1, S. 109.) Dieser „Antrag Achenbach“ wurde Ende Januar 1886 in einer dreitägigen Debatte behandelt und angenommen. Während dieser Debatte hielt Bismarck seine berühmte Polenrede. Siehe H. Neubach: Die Ausweisungen von Polen und Juden aus Preußen 1885/86. Ein Beitrag zu Bismarcks Polenpolitik und zur Geschichte des deutsch-polnischen Verhältnisses, Wiesbaden 1967, S. 106—112.

6) Auf dem neuen Posten in Magdeburg scheint sich Achenbach auch nicht lange Bismarcks Gunst erfreut zu haben. Denn schon im November 1881 „verlangte er dessen Entfernung“. Siehe Staatssekretär Graf Herbert von Bismarck. Aus seiner politischen Privatkorrespondenz, hrsg. u. eingeleitet von

Der Aufbau des Danziger Oberpräsidiums blieb seinem Nachfolger Ernst von Ernsthausen<sup>7</sup> vorbehalten, einem gebürtigen Sauerländer aus Gummersbach. Er hatte bereits als Regierungspräsident in Königsberg 1865—1870 die Provinz Preußen kennengelernt, scheint aber ähnlich wie Achenbach ebenfalls Bismarcks Erwartungen nicht erfüllt zu haben, denn bereits im November 1881, nach der für die Regierung unerfreulichen Reichstagswahl<sup>8</sup>, zählte der Kanzler ihn zu den „übelsten Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten“, die man „loswerden“ müsse.<sup>9</sup> Ebenso wie seine Absetzung hielt Bismarck auch diejenige von Horn und von Guenther<sup>10</sup> „für wünschenswert“. In Ernsthausen habe man sich „gründlich getäuscht; er sei nicht nur schlapp gegen Liberale, sondern auch gegen die Polen“.<sup>11</sup> Innenminister von Puttkamer meldete jedoch Bedenken gegenüber der Absicht an, „die schlappen Oberpräsidenten“ zu entfernen.<sup>12</sup>

Der überaus selbständig handelnde Ernsthausen ließ sich von der Berliner Regierung in seinen Entscheidungen nicht so leicht beeinflussen. Aus den Akten geht hervor, daß er unter den sechs ostdeutschen Oberpräsidenten der achtziger Jahre als der bei weitem gemäßigtste anzusehen ist. Oft war er der einzige, der sich Bismarcks scharfen Maßregeln gegen die Polen offen widersetzte. Als Beispiel mögen die Ausweisungen von Tausenden aus Rußland eingewanderten Polen und Juden in den Jahren 1885—1887 genannt werden.<sup>13</sup> Der Briefwechsel zwischen der Berliner Regierung und dem Danziger Oberpräsidium gibt einen guten Einblick in die Gedankenwelt des Verwaltungsbeamten von Ernsthausen, der sich den Berliner Anordnungen keinesfalls widerspruchslos unterwarf, vielmehr den Mut aufbrachte, seine eigene, Innenminister von Puttkamer nicht selten entgegengesetzte Meinung zu äußern.<sup>14</sup>

Während der neuneinhalbjährigen Amtszeit Ernsthausens (1879—1888) gab es im Weichseldelta insgesamt vier große Überschwemmungen. Als der Strom im März 1888 abermals über seine Ufer trat und weite Teile des Großen

---

W. Bußmann, Göttingen 1964, S. 110. Immerhin konnte sich der „schlappe“ Achenbach bis 1888 behaupten, doch dann sollte er „fliegen“, wie Herbert von Bismarck am 14. 8. an Rantzau schrieb, „um Herrfurth Platz zu machen“, ebenda, S. 521.

7) H. Neubach: Adolf Ernst von Ernsthausen, Oberpräsident von Westpreußen (1879—1888), in: Westpreußen-Jb. 29 (1979), S. 47—52; Schwarz: Ernst von Ernsthausen, in: Altpreußische Biographie 1, Königsberg 1941, S. 168—169.

8) H. Neubach: Die Reichstagswahlen 1881 in Westpreußen, in: Westpreußen-Jb. 31 (1981), S. 121—126.

9) Von Bismarck, S. 109.

10) William Barstow von Guenther, in: Zs. der Historischen Gesellschaft für die Provinz Posen 8 (1893), S. 233—250.

11) Von Bismarck, S. 110.

12) Ebenda.

13) Neubach, Die Ausweisungen (wie Anm. 5), S. 36, 57 f. u. 60; ders., Adolf Ernst von Ernsthausen, S. 51.

14) Deutsches Zentralarchiv, Abt. Merseburg: Rep. 77, Tit. 1176, Nr. 2a.

Werders unter Wasser setzte<sup>15</sup>, fiel der Oberpräsident in Berlin völlig in Ungnade, denn die Regierung warf ihm wohl nicht zu Unrecht Versagen bei der Regulierung dieses großen Flusses vor.<sup>16</sup> Auch die Reise der Kaiserin Viktoria in das Katastrophengebiet an Weichsel und Nogat wenige Tage vor dem Tod ihres schwerkranken Mannes, des Kaisers Friedrich III.<sup>17</sup>, vermochte die verständliche Verärgerung oder gar Verbitterung der betroffenen Bevölkerung kaum zu besänftigen.<sup>18</sup>

Anfang August 1888 schlug Staatssekretär Herbert von Bismarck vor, Ernsthausen zu pensionieren und von Leipziger an seine Stelle zu setzen.<sup>19</sup> Schon zehn Tage später konnte der Sohn seinem Vater die „Freude“ darüber ausdrücken, „daß Ernsthausen besiegelt“ sei.<sup>20</sup> Der Oberpräsident hatte also sein Abschiedsgesuch nicht aus freien Stücken eingereicht.<sup>21</sup> Daß ihn die schnelle Bewilligung des Gesuchs überrascht haben muß, geht aus der Tatsache hervor, daß er „eine Zeitlang ohne festes Ziel umherirrte“. <sup>22</sup> Ganz gewiß nahm die Berliner Regierung die erneute Weichselüberschwemmung zum Anlaß, den erst 61jährigen Oberpräsidenten, den man ja schon vor sieben Jahren hatte „loswerden“ wollen<sup>23</sup>, endlich abzusetzen. Sie brauchte wohl auch vor der leidgeprüften Bevölkerung an Weichsel und Nogat einen Schuldigen. Der in Wirklichkeit also „abgesetzte“ Oberpräsident wollte das verständlicherweise nicht zugeben. Er sprach von „niedriger Bosheit“, die es „gewagt“ habe, seine „Amtsniederlegung mit der Überschwemmung in Verbindung zu bringen“.<sup>24</sup>

Ernsthausen schreibt in seinen „Erinnerungen“ auch, daß ihm von allen, die als seine Nachfolger in Betracht kamen, Hilmar von Leipziger<sup>25</sup> „der liebste“ war.<sup>26</sup> Beide kannten sich seit Mitte der sechziger Jahre sehr gut. Während nämlich Ernsthausen in Königsberg Regierungspräsident war (1865—1870), hatte Leipziger dort das Amt des Polizeipräsidenten inne (1864—1867). Beide waren als Studenten in Heidelberg im gleichen Corps aktiv gewesen. Zu Leipzigers Bundesbrüdern gehörten 1843 der spätere Regierungspräsident von Wiesbaden, Lothar von Wurmb<sup>27</sup>, und der langjährige Landrat des schlesischen Landkreises Hirschberg, Hugo

15) Von Ernsthausen (wie Anm. 3), S. 421—429.

16) Ebenda, S. 429.

17) Die Kaiserin besuchte das Überschwemmungsgebiet am 9. Juni, der Kaiser starb am 15. Juni 1888.

18) Von Ernsthausen (wie Anm. 3), S. 429—431.

19) Von Bismarck (wie Anm. 6), S. 519.

20) Ebenda, S. 521.

21) Von Ernsthausen (wie Anm. 3), S. 431.

22) Ebenda, Vorwort, S. III.

23) Von Bismarck (wie Anm. 6), S. 109.

24) Von Ernsthausen (wie Anm. 3), S. 429.

25) 150 Jahre Regierung und Regierungsbezirk Aachen, Aachen 1967, S. 309—311.

26) Von Ernsthausen (wie Anm. 3), S. 431.

27) Grundriß (wie Anm. 1), Bd. 11: Hessen-Nassau, bearb. von Th. Klein, Marburg 1979, S. 445.

von Graevenitz<sup>28</sup>, sowie 1844 der spätere württembergische Ministerpräsident Hermann Freiherr von Mittnacht<sup>29</sup> und der Opperener Regierungspräsident Konstantin Freiherr von Quadt-Hüchtenbruck.<sup>30</sup>

Bismarck wünschte im Jahre 1888, daß Rudolf von Bennigsen<sup>31</sup> Oberpräsident von Hannover werden sollte<sup>32</sup>, und daher mußte für den dortigen Amtsinhaber von Leipziger eine „Auslaufstellung“ gesucht werden. Sie fand sich nun in Danzig. Leipziger, der in Königsberg wenigstens für einige Jahre den deutschen Osten kennengelernt hatte, konnte in Westpreußen nicht viel erreichen, da er bereits nach zweieinhalb Jahren, im April 1891, starb.

Auch für seinen Nachfolger Gustav von Goßler<sup>33</sup> sollte das Oberpräsidium in Danzig wohl eine „Auslaufstellung“ sein. Er hatte 1881 für einige Monate auf dem Stuhl des Reichstagspräsidenten gesessen, zehn Jahre lang das preußische Kultusministerium<sup>34</sup> geleitet und dabei einen scharf antipolnischen Kurs gesteuert, wie ihn Bismarck wünschte. Der auf eine Versöhnung mit den Polen bedachte neue Reichskanzler Leo von Caprivi ersetzte Goßler im März 1891 darum durch den versöhnlicheren Grafen Robert von Zedlitz-Trützschler.<sup>35</sup> Goßler kannte Ostpreußen zur Genüge, da er 1865—1877 Landrat in Darkehmen gewesen war und 1877—1884 als Abgeordneter der Konservativen Partei im Reichstag den Wahlkreis Stallupönen-Goldap-Darkehmen vertreten hatte.<sup>36</sup> Der bei seiner Berufung nach Danzig 54 Jahre alte Verwaltungsbeamte, der übrigens auch in Heidelberg studiert hatte und dort gleichzeitig wie der spätere Oberpräsident von Pommer-Esche<sup>37</sup> in einem Corps aktiv gewesen war<sup>38</sup>, sah seinen neuen Posten durchaus nicht als „Auslaufstellung“ an, sondern wirkte hier mit großer Tatkraft und tiefem Verantwortungsgefühl über

28) Grundriß (wie Anm. 1), Bd. 4: Schlesien, bearb. von D. Stüttgen, H. Neubach u. W. Hubatsch, Marburg 1976, S. 151.

29) Lexikon der deutschen Geschichte, hrsg. von G. Taddey, <sup>2</sup> Stuttgart 1983, S. 836—837.

30) Grundriß (wie Anm. 28), S. 188.

31) H. Herzfeld: Rudolf von Bennigsen, in: NDB 2 (1955), S. 50—52.

32) Von Bismarck (wie Anm. 6), S. 519.

33) St. Skalweit: Gustav von Goßler, in: NDB 6 (1964), S. 650—651; Schwarz: Gustav von Goßler, in: Altpreußische Biographie 1, Königsberg 1941, S. 223—224. — Goßlers Vater Gustav war Präsident des Oberlandesgerichts in Königsberg gewesen.

34) Grundriß (wie Anm. 1), Bd. 12: Teil A, Preußische Zentralbehörden, bearb. von F. W. Wehrstedt, Marburg 1978, S. 117.

35) H. Neubach: Vier preußische Kultusminister aus Schlesien: v. Mühlner, Falk, v. Zedlitz-Trützschler und v. Studt, in: Schlesien 11 (1966), S. 14—17.

36) M. Schwarz: Biographisches Handbuch der Reichstage, Hannover 1965, S. 143 u. 326. Wegen Hunderten von Ungenauigkeiten und Fehlern ist dieses Nachschlagwerk nur mit großen Einschränkungen zu gebrauchen.

37) Grundriß (wie Anm. 1), Bd. 6: Provinz Sachsen, bearb. von Th. Klein, Marburg 1975, S. 28.

38) O. Gerlach: Köseener Corpslisten, Jever 1960, S. 734 (Saxo-Borussia).

ein Jahrzehnt (1891—1902) zum Segen der jungen Provinz insbesondere im kulturellen und wirtschaftlichen Bereich.<sup>39</sup>

Ähnlich wie Achenbach — und gewiß noch mehr als dieser — konnte Goßler auf langjährigen Erfahrungen in der Berliner Regierung und auf nutzbringenden Beziehungen in ihr aufbauen.<sup>39a</sup> Er lernte aus den Versäumnissen seines Vorgängers gerade in bezug auf die Weichselregulierung. Während seiner langen Amtszeit gab es keine Damnbrüche und keine Überschwemmungen, wie sie früher in fast regelmäßiger Folge die fruchtbaren Niederungen von Marienwerder stromabwärts verheert hatten. Ferner förderte Goßler die Industrieansiedlung in dieser größtenteils von der Landwirtschaft geprägten Provinz. Zur Bekämpfung der immer wieder durch russische Händler nach Danzig hereingetragenen Cholera rief er 1893 den berühmten Mediziner Robert Koch in die alte Hansestadt. Von nun an erlagen nur noch wenige Menschen dieser gefährlichen Seuche.

Auch Kunst und Wissenschaft förderte Goßler so stark wie keiner seiner Vorgänger. Mit besonderer Ausdauer widmete er sich 21 Jahre lang der Restaurierung der Marienburg, zuerst als Kultusminister, dann als Vorsitzender des Vereins zu deren Wiederherstellung.<sup>40</sup> Die Eröffnung der hauptsächlich von ihm geplanten Technischen Hochschule in Danzig, der zweiten universitären Bildungsanstalt im nördlichen Ostdeutschland nach der Albertus-Universität in Königsberg, konnte er nicht mehr erleben, da er im September 1902 starb.<sup>41</sup> Goßler war wohl der erste Oberpräsident von Westpreußen, der in der Provinz heimisch und von der Bevölkerung bald als einer der ihrigen angesehen wurde.<sup>42</sup>

Zu seinem großen Ansehen trug wohl nicht zuletzt seine Toleranz bei, die er schon wenige Wochen nach seinem Amtsantritt bewies. Er nahm nämlich als erster Oberpräsident nach dem Kulturkampf an einem Katholikentag teil, und zwar am 38., der im Sommer 1891 in Danzig stattfand.<sup>42a</sup> Sein

39) F. Richter: Preußische Wirtschaftspolitik in den Ostprovinzen. Der Industrialisierungsversuch des Oberpräsidenten v. Goßler in Danzig, Königsberg 1938.

39a) Übrigens leitete Goßlers Bruder Heinrich 1896—1903 das preußische Kriegsministerium. Siehe Grundriß (wie Anm. 34), S. 143.

40) A. Lenz: Westpreußens Oberpräsidenten von 1878 bis 1919, in: Ostdeutsche Monatshefte 22 (1956), S. 613—618, s. S. 615.

41) Nach Angaben von G. Graf zu Stolberg-Wernigerode (Die unentschiedene Generation, Berlin, Wien 1968, S. 426) soll sich eine Biographie des Oberpräsidenten Goßler mit dem Untertitel „Im Staatsdienst unter drei Königen“, verfaßt von Wilhelm von Goßler, im Bundesarchiv befinden. Vom Vf. am 17. 4. 1985 in Koblenz angestellte Nachforschungen haben jedoch ergeben, daß ein solches Manuskript dort nicht vorhanden ist.

42) Welch hohen Ansehens und welcher Beliebtheit sich Goßler noch lange bei den Westpreußen erfreute, kommt in der Überschrift eines Zeitungsartikels zu seinem 60. Todestag (1962) zum Ausdruck. Siehe O. Riedel: „Der Vater der Westpreußen“, in: Der Westpreuße 14 (1962), S. 9—10.

42a) Geschichte der General-Versammlungen der Katholiken Deutschlands (1848—1902), hrsg. von J. May, Köln 1903, S. 342 u. 345. — Am 31. 8. 1891 erschien Goßler als Ehrengast im Wilhelmstheater und „nahm auf dem Vorstandsemporium Platz“. Am 2. 9. lud er das Kirchentagspräsidium zum Mittagessen ins

Auftreten erregte bei der liberalen Presse Widerspruch, wurde andererseits aber als eine Geste der Versöhnung gegenüber den Katholiken nicht nur der Provinz Westpreußen angesehen.

Ebenso wie Ernsthausen, Leipziger und Goßler hatte auch der fünfte Oberpräsident von Westpreußen seit der Gründung der Provinz im Jahre 1878, Clemens von Delbrück<sup>43</sup>, in Heidelberg studiert, ist aber im Gegensatz zu den drei genannten nicht korporiert gewesen. Er war durch seinen beruflichen Werdegang wohl noch stärker als Goßler mit Westpreußen vertraut: Er hatte als Assessor an der Regierung Marienwerder begonnen, war 1885 zum Landrat des Kreises Tuchel und 1892 zum Regierungsrat im Oberpräsidium Danzig ernannt worden. Im Mai 1896 hatte ihn die Danziger Stadtverordnetenversammlung „vornehmlich mit Unterstützung der einflußreichen freisinnigen Großkaufleute“ zum Oberbürgermeister der bedeutenden Handelsstadt gewählt.<sup>44</sup> Somit lebte er insgesamt zwei Jahrzehnte in Westpreußen und erwarb sich „dadurch Heimatrechte“.<sup>45</sup>

Delbrück faßte es als ein „Glück“ auf, „an der Lebensarbeit meines lieben Lehrers fortzuarbeiten“, wie er sich in der Abschiedsrede als Oberbürgermeister von Danzig ausdrückte.<sup>46</sup> Er brachte in seiner nur dreijährigen Amtszeit (1902—1905) zwei Projekte seines Vorgängers und „Lehrers“ Goßler zu Ende: den auch für große Handelsschiffe ausgebauten „Kaiserhafen“ und die schon erwähnte Technische Hochschule. In Verhandlungen mit der russischen Regierung suchte er die Wechselregulierung oberhalb von Thorn voranzutreiben. Reichskanzler von Bülow soll Delbrück schon im Jahre 1901, als dieser noch Oberbürgermeister von Danzig war, als Handelsminister vorgesehen haben.<sup>47</sup> Er erhielt dieses Ministeramt dann im Oktober 1905. Doch damit war dieser tüchtige Verwaltungsbeamte noch nicht auf dem Höhepunkt seiner Laufbahn angelangt. 1909 wurde er zum Staatssekretär im Reichsamt des Innern und zum Vertreter des Reichskanzlers (beides bis 1916)

---

Oberpräsidium ein. Darüber berichtet Franz Graf Ballestrem in seinem Tagebuch, das von H. Neubauch im Auftrag der Deutschen Forschungsgemeinschaft ediert wird und im Frühjahr 1986 im Matthias-Grünwald-Verlag zu Mainz erscheinen soll.

43) G. A. Ritter: Clemens von Delbrück, in: NDB 3 (1957), S. 575—576; E. Bahr: Clemens von Delbrück, in: Altpreußische Biographie 3, Marburg 1975, S. 887. — Delbrück hat bereits als Oberbürgermeister von Danzig „die Aufmerksamkeit des Kaisers auf sich zu lenken gewußt“ und schon damals als „Ministrabler“ gegolten. Sein „Lieblingwunsch“ wäre wegen „seines starken Interesses für Schule und Schulfragen“ das Kultusministerium gewesen. Siehe R. Bahr: Clemens von Delbrück, Staatssekretär des Innern von 1909 bis 1916, Berlin (1916), S. 5.

44) Zum 60. Geburtstag Clemens Delbrücks, in: Aus dem Ostlande 11 (1916), S. 49—60, Zitat S. 49.

45) C. von Delbrück: Die wirtschaftliche Mobilmachung in Deutschland 1914. Aus dem Nachlaß hrsg., eingeleitet u. ergänzt von J. von Delbrück, München 1924, S. 11.

46) Ebenda.

47) H. Herzfeld: Johannes von Miquel, Bd. 2, Detmold 1938, S. 638.

ernannt. Somit bedeutete für ihn das Oberpräsidium in Danzig nur eine Zwischenstation, ein Sprungbrett zum Ministerposten.

Übrigens brach Delbrück seine politische Tätigkeit — er wurde noch im Oktober 1918 zum letzten Chef des Kaiserlichen Zivilkabinetts berufen — nicht mit dem Sturz der Hohenzollernmonarchie ab. Vielmehr wirkte er bei der Gründung der Deutschnationalen Volkspartei mit und ließ sich 1919 in die Weimarer Nationalversammlung<sup>48</sup> sowie 1920 in den 1. Reichstag der Weimarer Republik<sup>49</sup> wählen.

Der letzte Oberpräsident der Provinz Westpreußen im Kaiserreich, Ernst von Jagow<sup>50</sup>, amtierte am längsten von allen sechs, nämlich 14 Jahre (1905—1919). Er verdankte seine Laufbahn angeblich seiner „fleißigen Arbeit im Abgeordnetenhaus“<sup>51</sup>, dem er 1888—1901 als konservativer Abgeordneter für seinen Heimatwahlkreis Osterburg-Stendal angehörte.<sup>52</sup> 1893 wurde er als Regierungsrat ans Oberpräsidium in Posen versetzt und zwei Jahre später zum dortigen Regierungspräsidenten ernannt. Wegen Opposition gegen den Bau des Mittellandkanals 1899 zur Disposition gestellt<sup>53</sup>, zählte er zu jenen „Kanalrebelln“, die „sich später wieder in der vollen Gnade Seiner Majestät sonnen durften“.<sup>54</sup> Schon im März 1901 wurde er zum Regierungspräsidenten in Marienwerder berufen.

Aus der langen Amtszeit des Oberpräsidenten Ernst von Jagow ist verhältnismäßig wenig zu berichten.<sup>55</sup> Immerhin soll er dank seiner „geschickten Hand“ und seines „vornehmen, ritterlichen Wesens“ ein „großes Ansehen genossen“ haben.<sup>55a</sup> Zur Förderung der Volksbildung richtete er im Oberpräsidium „eine besondere Beratungsstelle für Volksbüchereien und eine Lichtbilderzentrale“ ein.<sup>56</sup> Während der vier Kriegsjahre (1914—1918) galt seine Hauptsorge verständlicherweise der Lebensmittelbeschaffung für die Zivilbevölkerung. Von Jagow konnte sich bis zum

48) Hillgers Handbuch der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung 1919, Berlin 1919, S. 491.

49) Reichstags-Handbuch, 1. Wahlperiode 1920, Berlin 1920, S. 300.

50) Schwarz: Ernst Ludwig von Jagow, in: Altpreußische Biographie 1, Königsberg 1941, S. 297.

51) K. Graf von Westarp: Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreichs, Bd. 1, Berlin 1935, S. 4.

52) Handbuch für das Preußische Haus der Abgeordneten, Berlin 1899, S. 258.

53) Hannelore Horn: Der Kampf um den Bau des Mittellandkanals, Köln 1964, S. 85 u. 140.

54) B. Fürst von Bülow: Denkwürdigkeiten, Bd. 1, Berlin 1930, S. 297.

55) Weder Lenz, Westpreußens Oberpräsidenten (wie Anm. 40), noch Hubatsch (wie Anm. 4) weisen auf besondere Erfolge Jagows hin. Auch in der Biographie des letzten Danziger Oberbürgermeisters (1918—1919) und späteren Senatspräsidenten, Heinrich Sahn, wird Jagow nicht erwähnt. Siehe H. Sprenger: Heinrich Sahn, Köln 1969.

55a) E. Ziehm: Aus meiner politischen Arbeit in Danzig 1914—1939 (Wissenschaftliche Beiträge zur Geschichte u. Landeskunde Ost-Mitteleuropas, Nr. 27.), Marburg 1957, S. 19—20.

56) P. Fischer: Der Oberpräsident der Provinz Westpreußen: Ernst Ludwig von Jagow, in: Aus dem Ostlande 11 (1916), S. 2—4, Zitat S. 4.

Frühjahr 1919 im Amt halten. Mit seinem Rücktritt Mitte Mai 1919<sup>57</sup> endete die Geschichte der preußischen Provinz Westpreußen. Der Reichsgau Danzig-Westpreußen (1939—1945) umfaßte ein weit größeres Territorium.<sup>58</sup>

Von den sechs hier behandelten Oberpräsidenten der Provinz Westpreußen stammten vier aus überwiegend altadligen Geschlechtern. Achenbach und Delbrück wurden erst nach ihrer Amtszeit nobilitiert.

Die Väter waren bis auf einen (Rittergutsbesitzer Jagow) Akademiker, darunter vier Juristen (Achenbach, Ernsthausen, Goßler und Leipziger). Zwei Oberpräsidenten folgten ihren Vätern, die Landräte gewesen waren, in der Verwaltungslaufbahn nach (Ernsthausen und Leipziger). Auch Ernsthausens Schwiegervater war Landrat gewesen. Einen medizinischen Beruf übte ein Vater aus, nämlich derjenige Delbrücks. Erwähnenswert ist bei Goßler das Connubium seines Vaters. Dessen Frau war die Tochter des preußischen Justizministers Heinrich von Mühler und damit die Schwester des Kultusministers Heinrich von Mühler.<sup>59</sup>

Alle Oberpräsidenten studierten Jura, davon allein vier in Heidelberg. Von vieren ist bekannt, daß sie Corps angehörten (Achenbach, Ernsthausen, Goßler und Leipziger).

Zur regionalen Herkunft ist zu sagen, daß keiner aus der Provinz Westpreußen selbst oder aus einer anderen preußischen Ostprovinz stammte. Vier waren in Mitteldeutschland geboren, davon gleich drei im Raum Halle/Saale (Delbrück, Goßler und Leipziger). Jagow war in der Altmark zu Hause. Aus Westdeutschland kamen Achenbach (Saarland) und Ernsthausen (Sauerland).

Nur für einen Oberpräsidenten war das Amt in Danzig eine Zwischenstation, ein Sprungbrett zum Ministeramt, nämlich für Delbrück. Für Ernsthausen<sup>60</sup> und Jagow bildete es den Höhepunkt ihrer Verwaltungslaufbahn, für Goßler dagegen Versorgungs- und Auslaufposten nach einem Ministeramt. Interimsposten und zugleich Zwischenstation zu einem weiteren langjährigen Oberpräsidentenamt war Danzig für Achenbach, umgekehrt Auslaufstation nach einem anderen langjährigen Oberpräsidentenamt für Leipziger.

Vier der sechs westpreußischen Oberpräsidenten gehörten vorher, gleichzeitig oder nachher einem Parlament an: Achenbach und Jagow dem preußischen Abgeordnetenhaus, Goßler dem Reichstag und Delbrück der Weimarer Nationalversammlung sowie dem 1. Reichstag der Weimarer Republik. Goßler und Jagow hatten vorher im Parlament geses-

57) Aus dem Ostlande 14 (1919), Beilage „Dies und Das“, S. 18.

58) Grundriß (wie Anm. 1), S. 179 u. 251—253.

59) Wie Anm. 35.

60) Ernsthausen war 1879, im Jahr der großen Regierungsumbildung, neben den späteren Oberpräsidenten Otto v. Seydewitz und Georg v. Steinmann als Kultusminister vorgesehen, falls Robert von Puttkamer die Berufung ablehnen sollte. Siehe Bismarcks Gesammelte Werke, Bd. 60, Berlin 1935, S. 151.

sen, Achenbach behielt sein Mandat während seiner Amtszeit als Oberpräsident, und Delbrück nahm erst später eins an.

Von den sechs Oberpräsidenten, die übrigens alle der evangelischen Kirche angehörten, hinterließ lediglich einer Memoiren, nämlich Ernsthausen.

## **Östlicher Einfluß auf die Entstehung des lenkbaren Wagens?**

von

Karl Hielscher

In meinem Beitrag „Inwieweit haben die eurasischen Hirtenvölker und die Slawen den lenkbaren Wagen beeinflusst?“ in der Zeitschrift für Ostforschung (Jg. 18, 1969, S. 482—496, 11 Abbildungen) habe ich (S. 494) folgende Schlußfolgerung gezogen: „Wenn der lenkbare Wagen auch wahrscheinlich keltischer Herkunft ist, so ergibt sich doch, daß er in nicht geringem Maße vom Osten beeinflusst worden ist. Freilich lassen sich die östlichen Einflüsse mitunter nicht scharf erfassen; möglicherweise haben sie schon recht früh eingesetzt. Nach Mitteleuropa haben sie sich meist über die west- und südslawischen Völkerschaften ausgewirkt, die starke Anstöße durch die Hirtenvölker der eurasischen Steppen erhalten hatten.“

In seiner Arbeit „Wagen der Wurt Feddersen Wierde“ in dem Gemeinschaftswerke Einzeluntersuchungen zur Feddersen Wierde (Wiesbaden 1981) schreibt H. H a y e n auf Seite 51: „Damit sind Wagen nachgewiesen, die eine schwenkbare Vorderachse hatten, aber noch Scheibenräder besaßen...“ „Dieses Ergebnis widerspricht eindeutig der u. a. noch 1969 von Hielscher vertretenen Ansicht, daß es in den Ostgebieten Mitteleuropas bereits seit dem frühen Mittelalter gute Wagen gegeben hat. In Mittel- und Westdeutschland und den angrenzenden Gebieten scheint das weniger der Fall gewesen zu sein. Ebenso ist seine Bemerkung: ‚Erst mit den Kutschen verbreitete sich ein lenkbarer Wagen‘, zurückzuweisen.“

Worauf stützt Hayen seine Behauptungen? Nun, auf den Fund eines wohl einen Meter langen abgebrochenen und beschädigten Holzes aus dem Siedlungshorizont 4 des 2. nachchristlichen Jahrhunderts. Eigenartigerweise gibt er im Gegensatz zu seiner sonstigen Genauigkeit weder die Länge noch die Stärke des Holzes und bei den Abbildungen auf Tafel 15 auch keine Maßstäbe an. Hayen hält diesen „einzigen Fund seiner Art aus Deutschland und den Niederlanden“ für einen Zugarm, der beweise, daß alle Wagen aus Feddersen Wierde eine schwenkbare Vorderachse hatten.